



An den Grossen Rat

13.1397.01

ED/P131397

Basel, 24. September 2013

Regierungsratsbeschluss vom 17. September 2013

Bericht über die Lehrstellensituation und die Situation im Bereich der beruflichen Nachholbildung im Kanton Basel-Stadt 2012

Inhalt

Zusammenfassung.....	3
1. Gesetzlicher Rahmen.....	4
1.1 Das Bundesgesetz von 2002	4
1.2 Das kantonale Gesetz von 2007 und die Änderungen von 2009	5
2. Einflussfaktoren	5
3. Übergang von der Volksschule in die Sekundarstufe II.....	7
3.1 Anschlusslösungen nach der obligatorischen Schule.....	7
3.2 Bildungsteilnehmende ein Jahr nach Schulabschluss.....	7
4. Berufliche Grundbildung	8
4.1 Generelle Lehrstellenentwicklung nach Ausbildungstyp.....	8
4.2 Berufsgruppen.....	9
4.3 Männerberufe und Frauenberufe	11
4.4 Basels Zentrumsfunktion und die Folgen.....	12
4.5 Beteiligung nach Nationalität	13
4.6 Auflösung von Lehrverträgen.....	14
4.7 Gap, Case Management Berufsbildung.....	15
4.8 Lehrabschlussprüfungen.....	17
4.9 Berufsmaturität.....	18
5. Berufliche Nachholbildung für Erwachsene	20
5.1 Vier Wege zum Berufsabschluss	20
5.2 Beratungsstelle	20
5.3 Teilnehmende	20
6. Fördermassnahmen	21
6.1 Lehrstellenförderung	21
6.2 Förderung der Berufsbildung	22
7. Antrag.....	23

Zahlen des Vorjahrs in Klammern

Zusammenfassung

Gemäss kantonalem Berufsbildungsgesetz berichtet der Regierungsrat dem Grossen Rat jährlich über die Lehrstellensituation und die berufliche Nachholbildung von Erwachsenen. Am 17. September 2013 hat der Regierungsrat den vorliegenden Lehrstellenbericht 2012 verabschiedet.

Hauptmerkmale der Lehrstellensituation 2012 sind:

- ein **auf hohem Niveau stabiles Lehrstellenangebot** bei gleichzeitig leicht abnehmender Zahl der Wohnbevölkerung im Alter von 15–19 Jahren. Es gibt zurzeit keine Anzeichen dafür, dass der leichte Rückgang der Lehrvertragsabschlüsse bereits eine Trendwende markiert (Seite 6).
- ein **geringer Anteil von Schulaustretenden, die eine Berufslehre ergreifen**, ein hoher Anteil wählt ein 10. Schuljahr oder ein anderes Brückenangebot (Seite 7).
- ein **Rückgang der Bildungsteilnehmenden auf Stufe 10** (ein Jahr nach Abschluss der obligatorischen Schule) um -5,1 %. Der Rückgang ging zulasten der Berufsbildung (-10,3 %) sowie der FMS (-17,3 %). Die Brückenangebote und die Gymnasien hingegen konnten ihre Schülerzahlen konstant halten (Seiten 7 und 8).
- ein geringfügiger Rückgang des Gesamtbestands an Lehrstellen um -0,5 %, wobei der **Bestand an EFZ-Lehrstellen sich um -1,3 % verringerte, derjenige der EBA-Lehrstellen um 8,2 % anstieg**. Der EBA-Anteil am Gesamtbestand an Lehrstellen stieg auf 9,1 % (Seiten 8 und 9).
- eine **weitere Zunahme der Lehrstellen im Bereich Gesundheit**, namentlich dank der neuen Ausbildung „Assistentin/Assistent Gesundheit und Soziales EBA“ (Seite 10 u. 11).
- eine leichte **Zunahme um 1,4 % der Lernenden mit Wohnsitz Basel-Stadt**, sie besetzen 37,4 % der Lehrstellen im Kanton, wobei deren Anteil bei den Ausbildungen mit Berufsattest markant höher ist (Seiten 12 und 13).
- ein **Rückgang der Lernenden mit schweizerischem Pass** und eine **Zunahme der Lernenden ausländischer Herkunft**, wobei die Beteiligung von Ausländerinnen und Ausländer an der dualen Berufsbildung mit 24,4 % weiterhin unterproportional ist (Seiten 13 und 14).
- die **Beteiligung an der BM 1 hat mit -7,5 % zwar deutlich abgenommen, aber weniger stark als die generelle Beteiligung an der Berufsbildung**. Trotzdem blieb die Zahl der Lernenden mit Wohnsitz Basel-Stadt fast konstant, und die Teilnehmendenzahl bei der BM 2 nahm zu (Seiten 18 und 19).

Das Lehrstellenangebot im Kanton Basel-Stadt bewegt sich seit 2008 auf einem Höchststand. Gleichzeitig macht sich der demografische Rückgang bemerkbar. Dieser hat sich beschleunigt und geht rascher vor sich als der Rückgang der Lehrvertragsabschlüsse. Die Ausbildungschancen der Schulaustretenden haben sich nicht zuletzt wegen dem relativ grossen Angebot an Attestlehrstellen verbessert und stehen insgesamt gut. Es sind die Lehrbetriebe, die bestimmte anspruchsvolle Ausbildungen anbieten, welche Mühe bekunden, ihre Lehrstellen zu besetzen. Deshalb sind im Rahmen des Projekts zur Förderung der Berufsbildung seit 2012 Massnahmen zur Förderung der Berufslehre mit Berufsmaturität im Gang.

Die beruflichen Nachholbildung von Erwachsenen verzeichnete einen Teilnehmendenrückgang um -12,2 %. Im kaufmännischen Bereich wirkte sich die Einführung eines Aufnahmetests für die Vorbereitungskurse der Anbieterschule aus. Im Gesundheitsbereich sind die Gründe nicht so klar, eventuell hat der Rückgang damit zu tun, dass es oft langjährige Angestellte von Institutionen sind, die den Berufsabschluss nachholen können, und dieses Potential sich mit der Zeit verringert.

1. Gesetzlicher Rahmen

Die Berufsbildung ist eine gemeinsame Aufgabe von Bund, Kantonen und Wirtschaft. Das System wird sowohl bezüglich der Inhalte und Dauer der Ausbildungen als auch in Bezug auf die Anzahl Lehrstellen von der Wirtschaft gesteuert. Das Bundesgesetz und die kantonalen Einführungsgesetze regeln die Aufgaben und Verantwortlichkeiten der verschiedenen Akteure. Das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) erlässt auf Antrag der Organisationen der Arbeitswelt (Berufsverbände) die Bildungsverordnungen der einzelnen Lehrberufe, von denen rund 250 zur Wahl stehen. Ausbildungsziel ist die Erlangung der Arbeitsmarkttauglichkeit.

1.1 Das Bundesgesetz von 2002

Das Bundesgesetz über die Berufsbildung (BBG) wurde am 13. Dezember 2002 beschlossen und die Verordnung des Bundesrats über die Berufsbildung (BBV) am 19. November 2003 verabschiedet. Gesetz und Verordnung sind seit dem Jahr 2004 in Kraft.

Grundlage für die Erarbeitung des Bundesgesetzes bildete der Bericht des Bundesrats über die Berufsbildung vom 11. September 1996. In jenem Jahr erreichte eine landesweite Lehrstellenkrise ihren Höhepunkt. Ein konjunkturell bedingter Beschäftigungsrückgang während der ersten Hälfte der neunziger Jahre bewirkte einen sukzessiven Abbau von Lehrstellen. Gleichzeitig drängten infolge der demografischen Entwicklung mehr Schulabgängerinnen und Schulabgänger auf den Lehrstellenmarkt. Eine für viele ausbildungsbereite Jugendliche fatale Schere öffnete sich.

Die Lehrstellenkrise veranlasste die eidg. Räte, mit zwei Beschlüssen 1998 und 1999 insgesamt CHF 160 Millionen für Massnahmen zur Verbesserung der Lehrstellensituation zu bewilligen. Die Kantone, zuständig für die Umsetzung, wurden dadurch in eine noch nie dagewesene Situation versetzt. Innert kurzer Zeit wurden hunderte von Projekten gestartet, schwerpunktmässig in den Bereichen der Brückenangebote und der Lehrstellenförderung. Diese neue Erfahrung schlug sich in einer gesetzlichen Regelung im neuen BBG nieder, die besagt, dass der Bund 10 % der öffentlichen Aufwendungen für die Berufsbildung für Förder- und Entwicklungsprojekte einzusetzen hat.

Das über Jahrzehnte hinweg ohne grössere Probleme funktionierende Berufsbildungssystem kam auch durch andere Entwicklungen unter Druck: Zum Beispiel durch die Globalisierung und den beschleunigten technologischen und strukturellen Wandel auf Seiten der Unternehmen, durch die Tertiarisierung und die zunehmende Akademisierung der Arbeitswelt, durch den Wandel der Bevölkerungsstruktur infolge der Migration und die Auswirkungen auf das Bildungswesen, vor allem der Städte. Allmählich öffnete sich eine qualitative Schere: Das Auseinanderklaffen von Anforderungen am Ausbildungsplatz einerseits und schulischem Leistungsvermögen der Auszubildenden andererseits. Damit wurde auch die Sicherung der Qualität der Ausbildungen ein wichtiges Thema.

Das Bundesgesetz von 2002 enthält im Vergleich zum Vorläufergesetz von 1978 eine ganze Reihe von Innovationen, zum Beispiel:

- Sicherstellung der Qualitätsentwicklung;
- Mindestanforderungen an die Bildung von Berufsbildungsverantwortlichen;
- Zweijährige berufliche Grundbildung mit eidg. Berufsattest (EBA) als neuer Bildungstyp;
- Nachholbildung und Anrechnung von Kompetenzen, die ausserhalb geregelter Bildungsgänge erworben wurden;
- Förderung von benachteiligten Regionen und Gruppen sowie der Gleichstellung von Frau und Mann;

- Ablösung der bisherigen am Aufwand orientierten Subventionierung durch ein System von aufgabenorientierten Pauschalbeiträgen.

Für den Bereich der beruflichen Grundbildung (Berufslehren) erlässt das SBFI Bildungsverordnungen (Art. 19 BBG). Es erlässt sie auf Antrag der Organisationen der Arbeitswelt (schweizerische Berufsverbände und Branchenorganisationen). Die Bildungsverordnungen regeln insbesondere: Den Gegenstand und die Dauer der Grundbildung; die Ziele und Anforderungen der Bildung in beruflicher Praxis; die Ziele und Anforderungen der schulischen Bildung; den Umfang der Bildungsinhalte und die Anteile der Lernorte; die Qualifikationsverfahren (Prüfungen), Ausweise und Titel. Die Ausbildung findet an drei Lernorten statt:

1. Die Lehrbetriebe sind die hauptsächlichen Anbieter der berufspraktischen Ausbildung. Sie bedürfen einer Bildungsbewilligung des Kantons (Art. 20 BBG).
2. Die Berufsfachschulen - das sind hauptsächlich kantonale Schulen; die Kantone können aber auch private Schulen beauftragen - vermitteln den schulischen Ausbildungsteil. Dieser besteht aus beruflichem und allgemein bildendem Unterricht (Art. 21 f. BBG).
3. Die überbetrieblichen Kurse dienen der Vermittlung und dem Erwerb grundlegender Fertigkeiten. Sie ergänzen die berufspraktische und schulische Ausbildung, wo die zu erlernende Berufstätigkeit dies erfordert. Kursanbieter sind die Berufsverbände oder andere Organisationen der Arbeitswelt (Art. 23 BBG).

Die Kantone sorgen für die Koordination und die Aufsicht. Letztere umfasst unter anderem die Qualitätssicherung der praktischen und schulischen Ausbildung, die Prüfungen und die Einhaltung der Bestimmungen im Lehrvertrag (Art. 24 BBG).

1.2 Das kantonale Gesetz von 2007 und die Änderungen von 2009

Das kantonale Gesetz über die Berufsbildung vom 12. September 2007 und die Berufsbildungsverordnung vom 19. Februar 2008 regeln die lokalen Besonderheiten der Umsetzung der bundesrechtlichen Bestimmungen, wie zum Beispiel die verwaltungsinternen Zuständigkeiten, die Rolle der Berufsbildungs- und Fachkommissionen, die Aufgaben der Berufsberatung, die Kostenregelung bei ausserkantonalem Berufsfachschulbesuch und bezüglich Lehrmitteln, die Delegation der Prüfungsdurchführung an Organisationen der Arbeitswelt, die Beitragszahlungen und anderes mehr.

Mit der Gesetzesänderung vom 11. November 2009 als Reaktion auf die Volksinitiative für einen kantonalen Berufsbildungsfonds («Lehrstelleninitiative») wurde die langjährige erfolgreiche Praxis der Lehrstellenförderung festgeschrieben und somit, unter bestimmten Voraussetzungen, samt der Berichterstattung über die Lehrstellensituation zur Pflicht erklärt. Zudem wurden finanzielle Entlastungen zugunsten der Lehrbetriebe beschlossen. Der Kanton ist seither verpflichtet, den doppelten Betrag der interkantonal vereinbarten Pauschale für die Teilnahme der Lernenden an den überbetrieblichen Kursen zu zahlen sowie die Material- und Mietkosten, die bei der Durchführung der Lehrabschlussprüfungen anfallen, zu tragen.

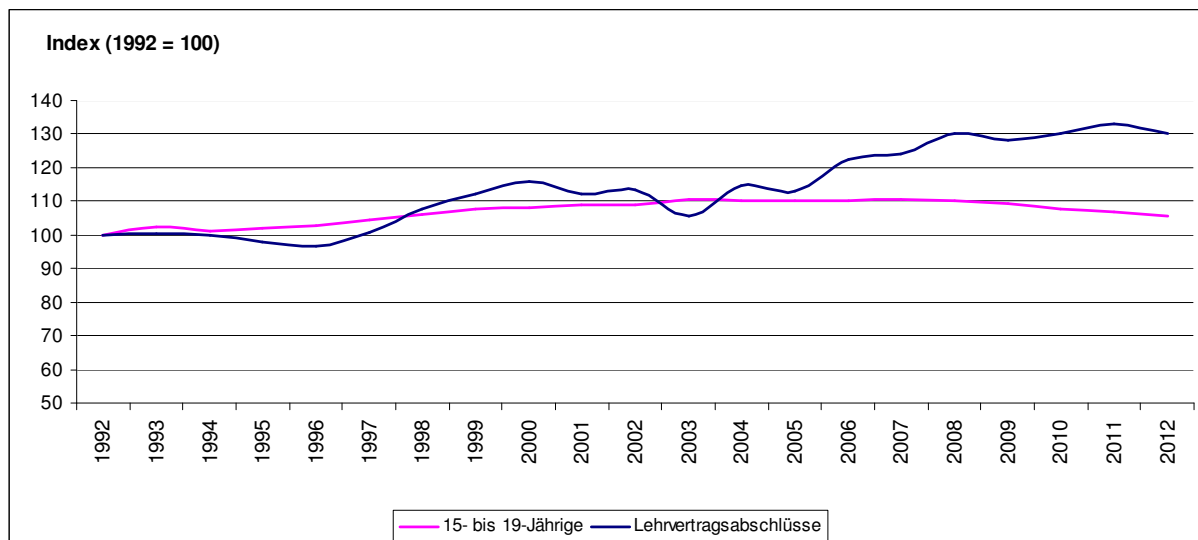
2. Einflussfaktoren

Das Lehrstellenangebot unterliegt dem wirtschaftlichen Strukturwandel und den Konjunkturzyklen. Nachfrageseitig stellt die demografische Entwicklung einen dominanten Einflussfaktor dar wie auch die Bildungspräferenzen der Jugendlichen und Eltern. Abbildung 1 zeigt, dass in den beiden eng verflochtenen Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft die langjährige Entwicklung der jährlich neu abgeschlossenen Lehrverträge im betrachteten Zeitabschnitt bis zum Jahr 2005 generell recht gut mit der demografisch bedingten Lehrstellennachfrage korrespondiert, mit Abweichungen als Folge konjunktureller Ausschläge. Fällt der konjunkturell bedingte Arbeits- und Lehrstellenabbau mit einer Periode wachsender Bevölkerung in der relevanten Altersgruppe

zusammen, kommt es zu «Lehrstellenkrisen» wie beispielsweise Mitte der neunziger Jahre. Umgekehrt, wenn Phasen wirtschaftlichen Wachstums mit einer demografischen Stagnation oder sogar einem Rückgang einhergehen, «kehrt» der Lehrstellenmarkt und die Chancen der Lehrstellensuchenden auf einen Ausbildungsplatz verbessern sich. Eine solche Situation hat sich ab 2006 eingestellt und dauert bis heute an. Abbildung 1 illustriert die neue Lehrstellensituation sehr deutlich. Der Umstand, dass die Lehrvertragsabschlüsse trotz demografischem Rückgang bis 2011 weiter zugenommen haben, deutet auf das Vorhandensein eines erheblichen Rekrutierungspotenzials hin, auf das die Lehrbetriebe zurückgreifen können¹.

Ob der Rückgang der Vertragsabschlüsse im Berichtsjahr bereits eine Trendwende markiert, kann anhand der aktuell neu abgeschlossenen Lehrverträge (Stand August 2013) nicht bestätigt werden, in beiden Kantonen bewegen sie sich im Rahmen des Vorjahrs. Im Übrigen ist ein Auf und Ab der jährlichen Lehrvertragsabschlüsse bei den drei- und vierjährigen Ausbildungen mit EFZ (86 % der Vertragsabschlüsse) seit 2009 die Regel. Der Anstieg geht auf die Zunahme der Lehrvertragsabschlüsse bei den zweijährigen Ausbildungen mit EBA zurück.

Abb. 1: Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft, Entwicklung der Wohnbevölkerung im Alter von 15–19 Jahren und der jährlichen Lehrvertragsabschlüsse¹⁾ seit 1992



1) EFZ und EBA, ohne Anlehrverträge

Quellen: Statistisches Jahrbücher Basel-Stadt und Basel-Landschaft; ED / BBE, Zahlen zur Berufsbildung; Dienststelle für Berufsbildung Basel-Landschaft

Seit einigen Jahren schon hat sich verstärkt eine andere «Schere» geöffnet. Die soziale Umschichtung der baselstädtischen Wohnbevölkerung hielt an, deutschsprachige Familien sind weggezogen, fremdsprachige wanderten zu. Bei sinkenden Schulabgängerzahlen hat sich der Anteil Fremdsprachiger erhöht. Unter den baselstädtischen Jugendlichen, die eine Lehrstelle suchen, sind viele Fremdsprachige aus eher bildungsfernen Familien. Gleichzeitig bewirkt der Strukturwandel in der Wirtschaft, dass die Anforderungen am Arbeits- und Ausbildungsplatz steigen. Die grosse Herausforderung, allen baselstädtischen Schulabgängerinnen und Schulabgängern eine nachobligatorische Bildung zu gewährleisten, wird unter diesen Umständen nicht geringer. Allerdings, bei abnehmenden Schulabgängerzahlen und gleichzeitig wachsendem Gesamtangebot an nachobligatorischen Bildungsmöglichkeiten nimmt die Konkurrenz unter den Bildungsanbietern zu. Das kann für ausbildungswillige Jugendliche mit nicht so glänzenden Schulabschlusszeugnissen von Vorteil sein. Andererseits stellt sich für Lehrbetriebe, die Ausbil-

¹ Interessant ist in diesem Zusammenhang der Sachverhalt, dass im Jahr 2012 im Kanton Basel-Stadt das Durchschnittsalter der Lernenden im 1. Lehrjahr bei 18,6 Jahren lag (Statistisches Amt, Auskunft vom 23.08.2013).

dungsplätze mit hohem Anforderungsprofil anbieten, zunehmend die Frage, ob und wie sie geeignete Lernende gewinnen können.

3. Übergang von der Volksschule in die Sekundarstufe II

Dieser Übergang ist in Basel anders ausgestaltet und funktioniert anders als in vergleichbaren Städten. Die beobachtbare Wirkung liegt darin, dass die Laufbahnentscheide mehrheitlich zugunsten der Mittelschulen ausfallen und der Weg der Berufslehre erst als zweite und oft sogar nur als dritte Wahl in Betracht gezogen wird.

3.1 Anschlusslösungen nach der obligatorischen Schule

Im Berichtsjahr wurden unverändert gleich viele Schulabgängerinnen und Schulabgänger gezählt wie im Vorjahr. Die Breite der Basler Brückenangebote inklusive 10. Schuljahr hat den Vorteil, dass praktisch alle Schulabgängerinnen und Schulabgänger eine Anschlusslösung finden, im Juni 2012 war dies lediglich bei 1 % nicht der Fall (Tabelle 1). Andererseits haben diese Breite und Offenheit der Brückenangebote sowie die besondere Angebotsstruktur mit zwei Typen eines 10. Schuljahrs, von denen das «Basis plus» auch auf den Übertritt in eine Mittelschule vorbereitet, eine mit 53 % (50 %) ausserordentlich hohe Übertrittsquote in die Brückenangebote und entsprechend mit nur 17 % (19 %) eine ebenso ungewöhnlich tiefe Übertrittsquote in die Berufslehren zur Folge.

Tab. 1: Kanton Basel-Stadt, WBS Schulabgänge und Anschlusslösungen 2012

	Abgänge total		davon in:		Mittel-		Brücken-		Prakti-		Keine Lö-	
	abs.	%	Lehre ¹⁾	%	schule ²⁾	%	angebot ³⁾		kum ⁴⁾	%	sung ⁵⁾	%
Total	838	100	145	17	179	21	442	53	17	2	5	1
E-Zug	444	100	75	17	179	40	166	37	4	1	2	
A-Zug	310	100	65	21	0		223	72	12	4	1	
FS-K ⁶⁾	26	100	1	4	0		20	77	0		1	4
SpA ⁷⁾	58	100	4	7	0		33	57	1	2	1	2

1) EFZ, EBA, Anlehre

2) Übergangsklasse Gymnasium, WMS, IMS, FMS

3) 10. Schuljahr Basis und Basis plus, KVS, Vorlehre SBA, Vorkurse AGS u. BFS (ohne SfG)

4) Inklusive Arbeitsstelle

5) Zum Zeitpunkt der Erhebung Ende Juni 2011 ohne Anschlusslösung

6) FS-K: Fremdsprachenklassen

7) Spezialangebote WBS

Quelle: ED / Bildung, Statistik der Schulabgänger/innen 2012

Auffallend und im Kantonsvergleich erratisch sind die vielen Übertritte aus der Weiterbildungsschule (WBS) E-Zug in ein Brückenangebot. Mehrheitlich nutzen diese Schulaustretenden das 10. Schuljahr «Basis plus». Entsprechend gering ist die Zahl derjenigen, die eine Lehre als Anschlusslösung wählen, anteilmässig mit nur 17 % (17 %) sogar noch deutlich weniger als aus dem A-Zug (21 %, Vorjahr 23 %). In den anderen Städten und Kantonen der Deutschschweiz wählt dieses Schulabgängersegment eine Berufslehre als Direkteinstieg in eine nachobligatorische Ausbildung, oft in Kombination mit der Berufsmaturität.

3.2 Bildungsteilnehmende ein Jahr nach Schulabschluss

Die Zahl der Bildungsteilnehmenden auf Stufe 10 hat sich im Berichtsjahr um 5,1 % auf 2'113 (2'227) Personen verringert (Tabelle 2). Die berufliche Grundbildung stellt zwar mit einem Anteil von 38,6 % (40,9 %) immer noch das wichtigste Bildungsangebot auf der nachobligatorischen Sekundarstufe II dar. Doch ging der Rückgang ausschliesslich zulasten der Berufsbildung und

der FMS, während das Zentrum für Brückenangebote und die Gymnasien ihre Schülerzahlen konstant halten konnten. Ein Jahr nach Abschluss der obligatorischen Schule befinden sich mit 817 (911) oder -10,3 % deutlich weniger Lernende in einer dualen Berufslehre oder einer berufsbildenden Vollzeitschule als im Vorjahr. Die Zahl der Teilnehmenden an Brückenangeboten bleibt mit 585 (581) konstant hoch und liegt mit 27,7 % (26,1 %) noch deutlich über dem schweizerischen Durchschnitt als im Vorjahr. Ebenso bewegt sich die Zahl der Gymnasiastinnen und Gymnasiasten mit 587 (585) auf konstantem Niveau, ihr Anteil steigt auf 27,8 % (26,3 %).

Tab. 2: Kanton Basel-Stadt, Teilnehmende an Brückenangeboten und nachobligatorischen Bildungen mit Wohnsitz Basel-Stadt an öffentlichen Schulen auf Stufe 10, 2012

	Anzahl	%	Bemerkungen
Total	2'113	100	
Total Brückenangebote	585	27,7	
SBA 10. SJ Basis	112	5,3	
SBA 10. SJ Basis plus	141	6,7	
SBA Vorlehre	218	10,3	Berufswahlorientierte Vorlehre
Berufsfachschulen Vorkurse	76	3,6	
Kaufm. Vorbereitungsschule	38	1,8	
Total Berufsbildung	817	38,6	
Berufsfachschulen 1. LJ ¹⁾	710	33,6	Lernende BS: 32 % von 2'220
WMS (Handelsmittelschule)	94	4,4	Lernende BS: 80,4 % von 117
Informatikmittelschule	13	0,6	Lernende BS: 47,9 % von 29
FMS	124	5,9	Schüler BS: 76,8 % von 162
Gymnasien	587	27,8	Schüler BS: 87,6 % von 670

1) Öffentliche sowie vom Kanton beauftragte private Berufsfachschulen, 1. Lehrjahr.

Quelle: Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt; Tab. 15.1.02-03, 15.1.08-09, 15.4.01; Wohnsitz z.T. eigene Berechnungen.

4. Berufliche Grundbildung

4.1 Generelle Lehrstellenentwicklung nach Ausbildungstyp

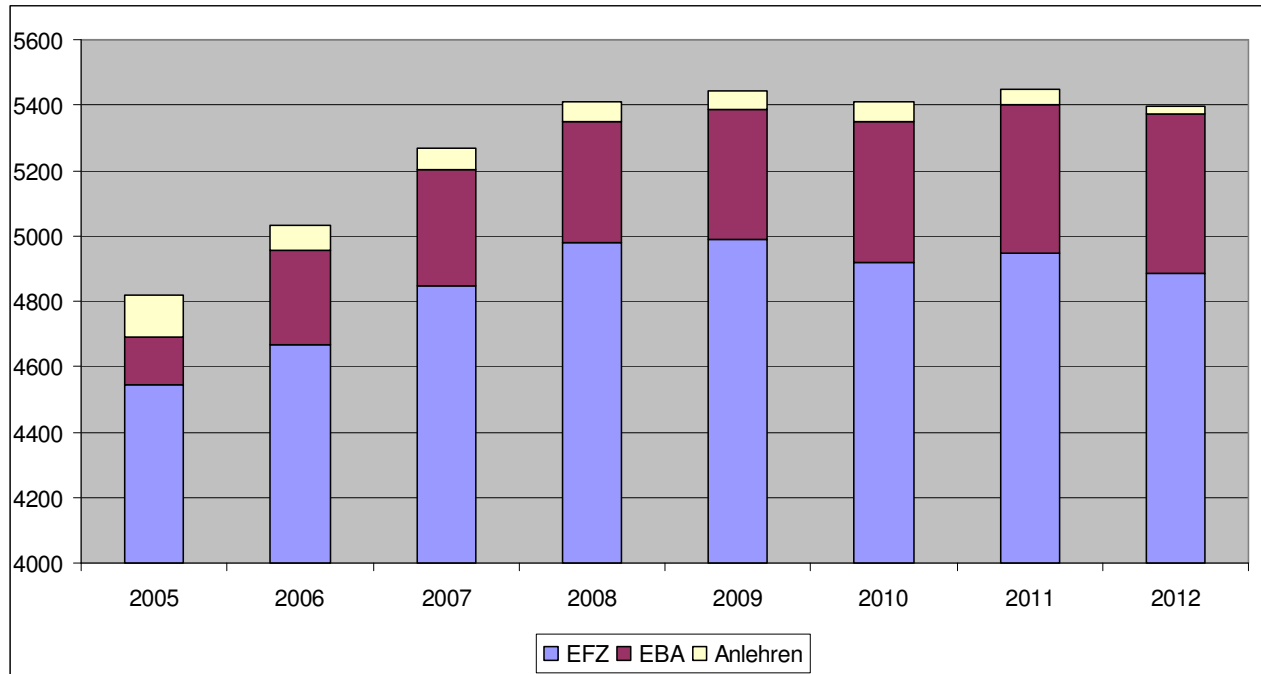
Gemäss BBG gibt es zwei Ausbildungstypen: Die zweijährigen beruflichen Grundbildungen, welche mit einem eidg. Berufsattest (EBA) abgeschlossen werden, sowie die drei- und vierjährigen Grundbildungen, die zu einem eidg. Fähigkeitszeugnis (EFZ) führen. Der Ausbildungstyp EBA ist relativ neu, er wurde mit dem neuen BBG geschaffen. Im Gegenzug wurden die früheren zweijährigen Berufslehren mit EFZ (Bürolehre, Verkaufslehre, Servicefachlehre) abgeschafft sowie auch der frühere Ausbildungstyp der Anlehre².

Die EBA-Ausbildungen sind auf einem tieferen Qualifikationsniveau angesiedelt und entsprechen Begabungen und Neigungen von Lernenden, die eher im Praktischen als im Schulischen liegen. Der Regierungsrat und das zuständige Erziehungsdepartement haben im Rahmen der Strategie zur Verminderung der Jugendarbeitslosigkeit die Schaffung von Attestlehrstellen in der Verwaltung und der Wirtschaft energisch gefördert, von 2005 bis 2007 in enger Kooperation mit dem Gewerbeverband Basel-Stadt und der Handelsschule des KV Basel zur Lancierung des wichtigen

² In der laufenden Übergangsphase können bis 31. Dezember 2014 in einigen wenigen Berufsfeldern noch Anlehrverträge abgeschlossen werden.

kaufmännischen Einstiegsberufs «Büroassistentin/Büroassistent EBA» (Task Force «400 Lehrstellen»). Ein wesentlicher Anteil am Lehrstellenwachstum kommt der kantonalen Verwaltung und den öffentlichen Betrieben zu, die auf Grund von zwei Regierungsratsbeschlüssen im Jahr 2005 in den Folgejahren ihr Angebot an Ausbildungsplätzen enorm ausgeweitet haben.

Abb. 2: Kanton Basel-Stadt, Gesamtbestand an Lehrverträgen nach Ausbildungstyp 2005 bis 2012



Quelle: ED / BBE, Zahlen zur Berufsbildung 2012

Aus Abbildung 2 wird das gesamthaft starke Lehrstellenwachstum im beobachteten Zeitabschnitt ersichtlich. Der im Jahr 2008 erreichte Höchststand wurde in diesem Umfang letztmals vor zwanzig Jahren registriert. Zwei Drittel des ab 2004 zu beobachtenden Lehrstellenwachstums ist auf die Schaffung von Attestlehrstellen (EBA) zurückzuführen. Damit ist es gelungen, diesen neuen Ausbildungstyp in Basel-Stadt zu etablieren und einen wesentlichen Beitrag zur Verminderung der Jugendarbeitslosigkeit zu leisten. Im Berichtsjahr verringerte sich der Gesamtbestand an Lehrstellen geringfügig auf 5'373 (5'402). Der Bestand an EFZ-Lehrstellen verringerte sich auf 4'883 (4'949), derjenige der EBA-Lehrstellen erhöhte sich auf 490 (453).

4.2 Berufsgruppen

Bei der differenzierteren Betrachtung der Entwicklung der Gesamtbestände der Lehrverhältnisse nach Berufsgruppen fällt auf, dass in den drei quantitativ wichtigsten Berufsgruppen *Organisation, Verwaltung, Büro* (kaufmännische Ausbildungen), *Metall- und Maschinenindustrie, Detailhandel* und auch bei der Gruppe *Gastgewerbe und Hauswirtschaft* nach etlichen Jahren eines konstant hohen Niveaus im Berichtsjahr erstmals ein Rückgang festzustellen ist (Tabelle 3).

Im *kaufmännischen Bereich* (Berufsgruppe Organisation, Verwaltung, Büro) hielt sich der Gesamtbestand an Lehrverträgen in den Jahren 2009–2011 auf konstant hohem Niveau. Im Berichtsjahr ist nun ein Rückgang um 2 % zu registrieren. Ein Rückgang der jährlichen Lehrvertragsabschlüsse ist bei der Büroassistentenlehre seit 2010 zu beobachten und bei der dreijährigen kaufmännischen Lehre seit 2011, in beiden Fällen nach einem Höchststand. Möglicherweise hat nun ein Einpendeln auf das übliche Niveau stattgefunden. Allerdings mehren sich seit ein paar Jahren die Stimmen aus dem Kreis der Auszubildenden, die besagen, dass es schwieriger gewor-

den sei, vor allem für die dreijährige Ausbildung (Niveau E) geeignete Bewerbungen zu bekommen.

Die Gruppe der *Metall-, Elektro-, Maschinenbauberufe* ist sehr heterogen und reicht vom Automobilfachmann über den Elektroinstallateur bis zur Schuhmacherin. Die Berufsgruppe umfasst unter anderem alle gewerblichen Produktionsberufe. Hinter der zahlenmässig relativen Konstanz verbirgt sich unter anderem das Verschwinden althergebrachter Berufe, wie z.B. Sattlerin/Sattler und die Entstehung neuer Technologieberufe wie z.B. Informatikerin/Informatiker. Nach langen Jahren eines konstant hohen Niveaus der Anzahl Lehrstellen hat sich im Berichtsjahr der Gesamtbestand um 4,5 % reduziert. Der Rückgang ist akzentuiert bei den zweijährigen Ausbildungen in den Berufsfeldern Mechanik und Haustechnik sowie bei den dreijährigen Ausbildungen in der Automobilbranche und bei der Polymechanikerlehre als Folge des Rückzugs der Lufthansa aus der Ausbildung am Standort Basel.

Auch in der dritt wichtigsten Berufsgruppe *Detailhandel* ist im Berichtsjahr ein Rückgang des Gesamtbestands an Lehrverhältnissen um 4 % zu registrieren, ebenfalls nach langer Konstanz auf hohem Niveau. Keine der zahlreichen Branchen ist auf auffällige Weise davon betroffen.

Die Entwicklungen in den beiden Berufsgruppen *Heilbehandlung* und *Betreuung* sind durch die Einführung neuer Lehrberufe geprägt. Mit dem neuen Bundesgesetz über die Berufsbildung erfolgte die Integration der nichtakademischen Ausbildungen in den Bereichen Gesundheit und Soziales unter das Dach der dualen Berufsbildung. Bereits 2004 trat die Bildungsverordnung für den neuen Beruf Fachangestellte/Fachangestellter Gesundheit EFZ (FAGE) in Kraft (seit 2009: Fachfrau/Fachmann Gesundheit), 2006 folgte diejenige für den Beruf Fachfrau/Fachmann Betreuung EFZ (FABE) mit den Fachrichtungen Behinderte, Betagte und Kinder und seit 2010 gibt es die Bildungsverordnung zum Beruf Assistentin/Assistent Gesundheit und Soziales EBA (AGS).

Alle drei Berufe erwiesen und erweisen sich zum Teil immer noch als ausgesprochene Wachstumsberufe. Im Berichtsjahr stieg die Zahl der Ausbildungsplätze im Beruf FAGE auf 262 (249), während sie sich im Beruf FABE bei 294 (292) stabilisierte. Das starke Wachstum der Berufsgruppe *Heilbehandlung* ist der neuen Attestausbildung AGS zu verdanken (Tabelle 4), die mit 55 Lehrvertragsabschlüssen im 2012 - ein Jahr nach dem Pilotversuch - auf starkes Interesse stösst. Die Alters- und Pflegeheime, die Wohnheime und Spitäler und die Spitex sind offensichtlich daran interessiert, ihre eigenen Fachkräfte selbst auszubilden. Das war im früheren, schulgestützten System nur bedingt möglich. Die Jugendlichen und jungen Erwachsenen freuen sich über attraktive Berufsfelder und bewerben sich zuhauf auf die neu geschaffenen Lehrstellen.

Der Rückgang des Gesamtbestands an Lehrverhältnissen in der Gruppe der *gastgewerblichen und hauswirtschaftlichen Berufe* hat sich im Berichtsjahr mit 6,5 % fortgesetzt. Hauptursache ist ein Spezialfaktor, nämlich ein Einbruch der Lehrvertragsabschlüsse im Beruf Hauswirtschaftspraktikerin/Hauswirtschaftspraktiker EBA als Folge einer Änderung der Rekrutierungspraxis nach einer Reihe von Ausbildungsmisserfolgen. Hingegen hat sich die Anzahl Lehrvertragsabschlüsse bei den dreijährigen Ausbildungen stabilisiert, und im Beruf Koch/Köchin EFZ wurden, nach Einführung der neuen Bildungsverordnung, wieder 25 % mehr Lehrverträge abgeschlossen.

Tab. 3: Kanton Basel-Stadt, Gesamtbestand an Lehrverträgen¹⁾ nach ausgewählten Berufsgruppen seit 2004

Jahr	2012	2011	2010	2009	2008	2007	2006	2005	2004
Total	5373	5402	5351	5386	5348	5202	4957	4691	4696
davon:									
Organisation, Verwaltung, Büro	1161	1183	1187	1184	1152	1101	1025	959	991
Metall- und Maschinenindustrie	1051	1100	1115	1158	1185	1168	1147	1094	1104
Detailhandel	654	681	685	678	681	689	658	628	654
Heilbehandlung ²⁾	547	481	414	387	341	306	284	252	204
Technische Berufe (Labor, Planung)	401	398	371	363	372	385	367	377	374
Gastgewerbe, Hauswirtschaft	302	323	339	342	328	341	315	292	288
Betreuung (Behind., Betagte, Kinder)	294	292	266	253	232	163	154	117	122
Körperpflege	140	139	148	149	163	163	167	152	156
Baugewerbe	88	86	82	80	101	91	83	85	75
Malerei	76	83	81	80	85	78	83	82	76

1) EFZ und EBA, ohne Anlehrverträge

2) Ab 2011 inkl. neuer Beruf Assistentin/Assistent Gesundheit und Soziales EBA

Quelle: ED / BBE, Zahlen zur Berufsbildung 2012

Tab. 4: Kanton Basel-Stadt, Lehrverträge EBA nach ausgewählten Berufsgruppen seit 2004

Jahr	2012	2011	2010	2009	2008	2007	2006	2005	2004
Total	490	453	432	395	367	354	290	145	55
davon:									
Organisation, Verwaltung, Büro	158	180	172	155	160	149	102	67	55
Detailhandel	90	90	122	115	104	111	115	47	-
Gastgewerbe, Hauswirtschaft	82	90	72	75	65	59	50	27	-
Metall- und Maschinenindustrie	38	47	46	35	15	12	6	4	-
Heilbehandlung ¹⁾	76	23	-	-	-	-	-	-	-
Holzverarbeitung	11	9	7	4	11	13	8	-	-
Nahrungsmittel, Getränke	7	6	8	12	2	0	0	-	-
Baugewerbe	7	3	0	1	0	0	0	-	-

Quelle: ED / BBE, Zahlen zur Berufsbildung 2012

¹⁾ Ab 2011 neuer Beruf Assistentin/Assistent Gesundheit und Soziales EBA

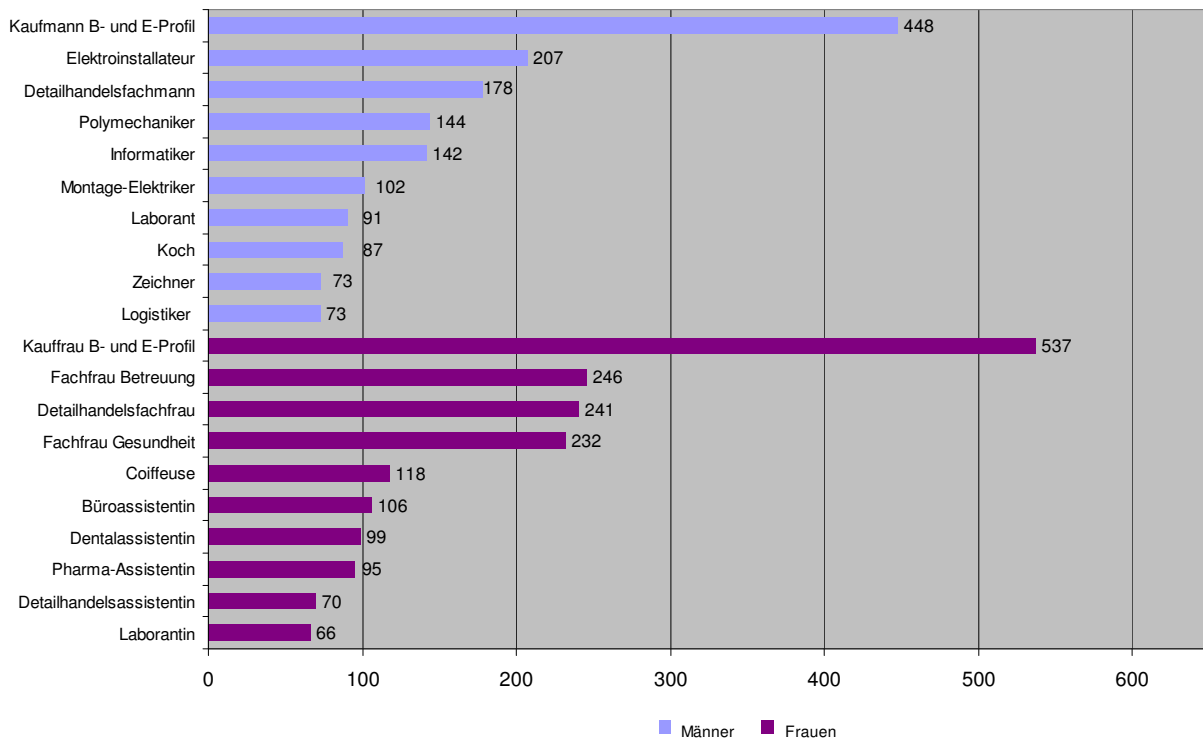
4.3 Männerberufe und Frauenberufe

Die Berufswahl der jungen Menschen erfolgt nach wie vor geschlechterspezifisch (Abbildung 3). Aber auch das ist nicht in Stein gemeisselt: Frühere typische Männerberufe wie zum Beispiel Laborant werden heute häufig auch von Frauen gewählt. Das Absolvieren einer Berufslehre war in früheren Zeiten fast zur Gänze jungen Männern vorbehalten. Für Frauen wurden eher Vollzeitberufsschulen eingerichtet (Frauenfachschulen). Erst mit dem Aufkommen von Berufslehren in typischen Frauenberufen begann sich das zu ändern.

Die Schaffung und Einführung der neuen Lehrberufe im Gesundheits- und Sozialbereich und die Bereitstellung von immer mehr Lehrstellen in Spitälern, Alters- und Pflegeheimen, bei der Spitex und in Kindertagesstätten sowie deren Besetzung grösstenteils durch Frauen hat zu einer sukzessiven Erhöhung der Beteiligung von Frauen an der beruflichen Grundbildung geführt. Im Be-

richtsjahr hat sich bezüglich des Geschlechterverhältnisses der Trend zu mehr Ausgewogenheit marginal fortgesetzt (Tabelle 5).

Abb. 3: Kanton Basel-Stadt, Lernende nach den am häufigsten gewählten Lehrberufen und Geschlecht 2012



Quelle: BFS, Statistik der beruflichen Grundbildung 2012

Tab. 5: Kanton Basel-Stadt, Gesamtbestand an Lernenden mit Lehrvertrag nach Geschlecht seit 2007

	2012	%	2011	%	2010	%	2009	%	2008	%	2007	%
Total	5373	100	5402	100	5351	100	5386	100	5348	100	5202	100
Männer	2848	53.0	2864	53.1	2850	53.2	2886	53.6	2940	55.0	2879	55.3
Frauen	2525	47.0	2538	46.9	2501	46.7	2500	46.4	2408	45.0	2323	44.7

Quelle: ED / BBE, Zahlen zur Berufsbildung 2012

4.4 Basels Zentrumsfunktion und die Folgen

Im Jahr 2012 konnten 764 (793) Jugendliche mit Wohnsitz im Kanton Basel-Stadt einen Lehrvertrag mit einem Basler Lehrbetrieb abschliessen, gleich viele wie im Jahr 2010. Zudem schlossen 286 Basler Jugendliche einen Lehrvertrag mit einem Lehrbetrieb im Kanton Basel-Landschaft ab³.

Trotz weniger Vertragsabschlüssen und trotz rückläufigem Gesamtbestand sind im Berichtsjahr mit 2'007 (1'980) leicht mehr Lehrstellen von Jugendlichen mit baselstädtischem Wohnsitz besetzt als im Vorjahr (Tabelle 6). Der nach wie vor bescheidene Anteil an Lernenden mit hiesigem Wohnsitz ist unter anderem Folge der Attraktivität der Stadt als Ausbildungsort für viele Jugendli-

³ Dienststelle für Berufsbildung und Berufsberatung des Kantons Basel-Landschaft, Auskunft vom 23.08.2013.

che aus dem Umland. Diese Jugendlichen unterscheiden sich zu vielen städtischen Mitkonkurrentinnen und Mitkonkurrenten auf dem Lehrstellenmarkt insofern, als dass sie ihre obligatorische Schulzeit in mehrheitlich deutschsprachigen Klassen absolviert haben, aus eher deutschsprachigen und bildungsnahen Elternhäusern stammen und einen schweizerischen Familiennamen haben. Kann der Lehrbetrieb wählen, schliesst er eher mit einem solchen Jugendlichen einen Lehrvertrag ab⁴.

Gross ist der Unterschied zwischen den Ausbildungstypen (Tabelle 6). Es scheint, dass der Ausbildungstyp EBA für die städtischen Lehrstellensuchenden bessere (Start)Chancen bietet als derjenige mit EFZ. Insofern haben die mehrjährigen Lehrstellenkampagnen mit Fokus auf Schaffung von mehr Attestlehrstellen das Zielpublikum erreicht. Allerdings zeigt der Anteil der baselstädtischen Lernenden in Attestausbildungen eine sinkende Tendenz (2007: 60,5 %, 2010: 56,7 %).

Tab. 6: Kanton Basel-Stadt, Gesamtbestand an Lehrverträgen nach Ausbildungstyp und Wohnsitzkanton der Lernenden 2012

Ausbildungstyp	Total	%	BS	%	BL	%	AG	%	SO	%	Übrige (inkl. D u. F)	%
Total	5373	100	2007	37.4	2248	41.8	478	8.9	404	7.5	236	4.4
EFZ	4883	100	1739	35.6	2080	42.6	452	9.3	380	7.8	232	4.8
EBA	490	100	268	54.7	168	34.3	26	5.3	24	4.9	4	0.8

Quelle: ED / BBE, Zahlen zur Berufsbildung 2012

4.5 Beteiligung nach Nationalität

Die Zahlen in Tabelle 7 widerspiegeln deutlich die neuen Verhältnisse auf dem Lehrstellenmarkt (vgl. Kapitel 2). Der oben referierte Befund, dass der demografische Rückgang zu Lasten der dualen Berufsbildung geht (vgl. Abschnitt 3.2), kann hier weiter differenziert werden: Es sind die Schweizerinnen und Schweizer, die sich in geringerem Mass an der Berufsbildung beteiligen, die Beteiligung der Ausländerinnen und Ausländer hingegen hat zugenommen.

Im Berichtsjahr standen 1'312 (1'225) junge Menschen mit ausländischem Pass in einer Berufsausbildung (Tabelle 7), eine deutliche Zunahme um 7,1 % im Vergleich zum Vorjahr. Somit bestätigt sich die These, wonach bei grossem Lehrstellenangebot und verhältnismässig knapper Nachfrage Jugendliche zu einem Lehrvertrag kommen, die bei umgekehrten Verhältnissen auf dem Lehrstellenmarkt leer ausgehen. Die Beteiligungsquote von Jugendlichen ausländischer Herkunft erhöhte sich dadurch auf 24,4 % (22,7 %). Im Verhältnis zum Ausländeranteil von 28,8 % in der Altersgruppe der 15- bis 19-jährigen Wohnbevölkerung⁵ haben wir es aber immer noch mit einer unterproportionalen Beteiligung zu tun.

Der Rückgang der Beteiligung von Schweizerinnen und Schweizern in diesem Ausmass ist ein neues Phänomen. Ob das ein Vorbote eines neuen Trends unter den zurzeit vorherrschenden Verhältnissen auf dem «Markt» der nachobligatorischen Bildung ist oder ob nächstes Jahr das Bild wieder anders aussieht, ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht bekannt.

Die duale Berufsbildung ist neben der Volksschule einer der wichtigsten Mechanismen für die Integration junger Zugewanderter in das hiesige Berufs- und Erwerbsleben. Der Übergang von der Volksschule in eine Berufslehre stellt jedoch für viele eine hohe Hürde dar. Mehr als die Hälfte der Schülerinnen und Schüler an der Basler Volksschule sind fremdsprachiger Herkunft und stammen mehrheitlich aus Kulturen, die das duale Berufsbildungssystem nicht kennen. Permanente Anstrengungen auf verschiedenen Ebenen und von allen Akteuren sind deshalb nötig, um

⁴ Haeberlin, U.; Imdorf, Ch. & Kronig, W. (2004): Chancenungleichheit bei der Lehrstellensuche: Der Einfluss von Schule, Herkunft und Geschlecht. NFP43 Synthesis 7. Bern / Aarau: NFP43 / SKBF

⁵ Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt, Bevölkerungsstatistik 2011

das Ziel einer nachobligatorischen Bildung für alle zu erreichen. In diesem Kontext sind ausreichende Zeitgefässe und gut ausgebildete Lehrpersonen für den Unterricht in «Beruflicher Orientierung» (Berufswahl) an der künftigen neuen Sekundarschule entscheidend.

Tab. 7: Kanton Basel-Stadt, Gesamtbestand an Lernenden mit Lehrvertrag nach Geschlecht und Nationalität seit 2007

	2012	%	2011	%	2010	%	2009	%	2008	%	2007	%
Total	5373	100	5402	100	5351	100	5386	100	5348	100	5202	100
Schweizer Männer	2142	39.9	2207	40.9	2187	40.9	2196	40.8	2207	41.3	2153	41.4
Schweizer Frauen	1919	35.7	1970	36.5	1937	36.2	1943	36.1	1846	34.5	1765	33.9
Ausländer Männer	706	13.1	657	12.2	663	12.4	690	12.8	733	13.7	726	14.0
Ausländer Frauen	606	11.3	568	10.5	564	10.5	557	10.3	562	10.5	558	10.7

Quelle: ED / BBE, Zahlen zur Berufsbildung 2012

4.6 Auflösung von Lehrverträgen

Bezogen auf die Gesamtzahl der Lehrverträge werden im Kanton Basel-Stadt jährlich zwischen 9 % bis 11 % der Verträge aufgelöst. Diese Spannweite der Auflösungsquote ist konstant, damit liegt Basel-Stadt im Mittelfeld der Kantone. Die meisten Auflösungen (50 bis 60 %) finden im ersten Lehrjahr statt, meistens schon während der Probezeit. Wie aus Tabelle 8 ersichtlich, ist im Berichtsjahr die Auflösungsquote bei den Schweizerinnen am tiefsten und bei den Ausländerinnen am höchsten.

Die häufigsten Auflösungsgründe sind: Andere Berufs- und Lehrstellenwahl (2012: 164 Lehrvertragsauflösungen), Pflichtverletzung durch die lernende Person (2012: 91) sowie mangelnde Leistungen (2012: 70). Bei Lehrvertragsauflösungen berät die Fachstelle Lehraufsicht über Anschlusslösungen. In nur wenigen Fällen droht ein Hinausfallen aus dem Bildungssystem. In Fällen, welche die Ressourcen und Kompetenzen der Lehraufsicht überschreiten, werden die betreffenden Personen zu Gap, Case Management Berufsbildung, vermittelt.

Tab. 8: Kanton Basel-Stadt, Lehrvertragsauflösungen (EFZ und EBA) nach Geschlecht und Nationalität 2012

	Lehr- verträge Total	Auflö- sungen Total	%	Lehr- verträge Männer	Auflö- sungen Männer	%	Lehr- verträge Frauen	Auflö- sungen Frauen	%
Total	5373	533	9.9	2848	286	10.0	2525	247	9.8
Schweizer	4061	393	9.7	2142	213	9.9	1919	180	9.4
Ausländer	1312	140	10.7	706	73	10.3	606	67	11.1

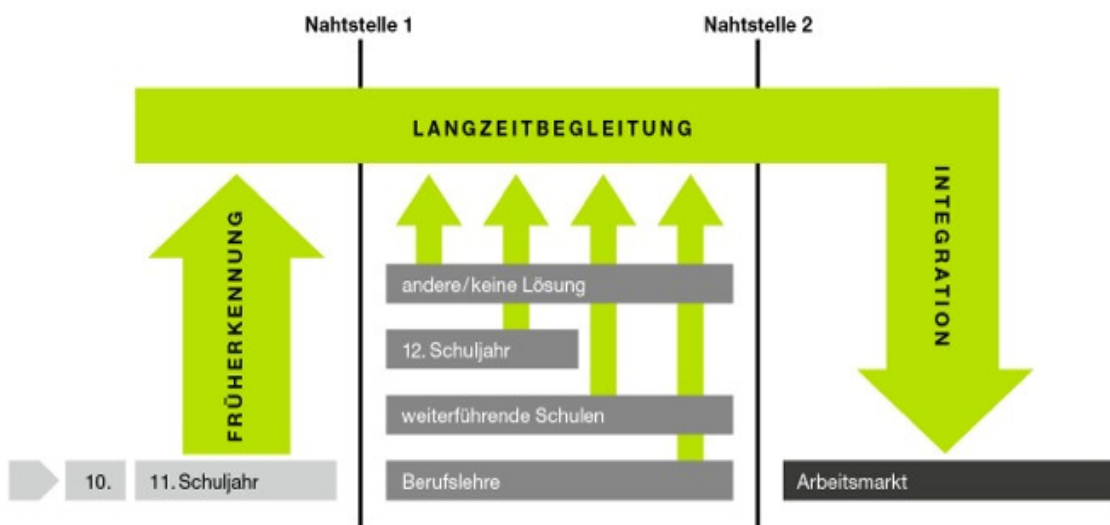
Quelle: ED / BBE, Zahlen zur Berufsbildung 2012

4.7 Gap, Case Management Berufsbildung

Gap, Case Management Berufsbildung unterstützt Jugendliche seit fünf Jahren auf ihrem Weg in die Berufswelt. Gap richtet sich an Jugendliche und junge Erwachsene, die in Bezug auf einen erfolgreichen Übergang von der Volksschule in eine Berufsausbildung besonders gefährdet sind. Die Aufbauphase von Gap ist abgeschlossen. Gap befindet sich in einer Konsolidierungsphase und wird in die Regelstrukturen des Erziehungsdepartements implementiert.

Der Unterstützungsprozess bei Gap beginnt mit der Phase der Früherkennung und umfasst eine individuelle Langzeitbegleitung mit dem Ziel, an der Nahtstelle 1 eine erfolgreiche **Integration in eine Berufsausbildung oder andere nachobligatorische Bildung zu erreichen** und an der Nahtstelle 2 eine erfolgreiche Integration in den Arbeitsmarkt.

Abb. 4: Unterstützungsprozess Gap



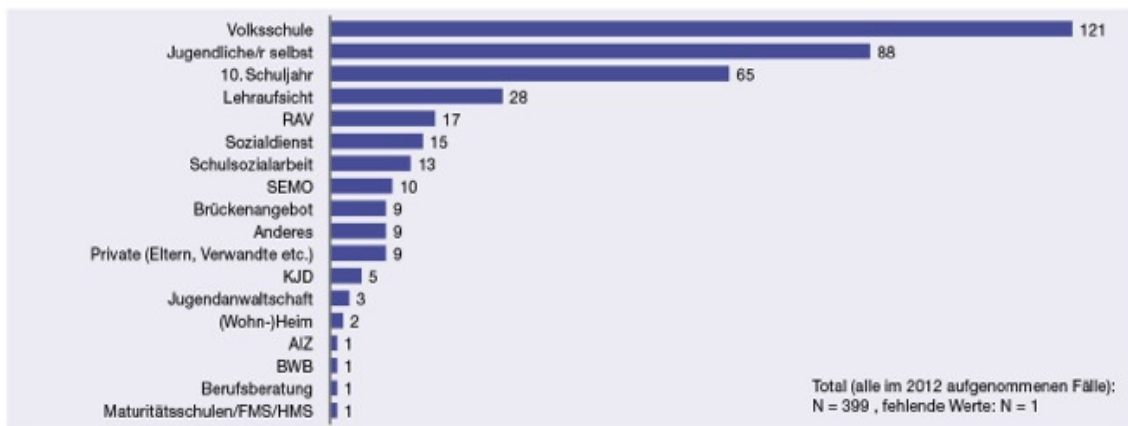
Quelle: ED / Gap Case Management Berufsbildung

Hauptzielgruppe sind Schülerinnen und Schüler im letzten Schuljahr der obligatorischen Schule, deren Übertritt in eine nachobligatorische Bildung gefährdet ist. Sie werden im Rahmen von klassenweisen Einschätzungskonferenzen der Klassenlehrperson, der Schulsozialarbeiterin oder des Schulsozialarbeiters und des Case Managers im zweiten Jahr der WBS identifiziert und im Anschluss daran durchgehend und nachhaltig bis zum erfolgreichen Lehrstellen- und Arbeitsmarkteintritt begleitet und unterstützt (Abbildung 4).

Die Zuweisungen insgesamt an Gap haben sich bei 400 Personen jährlich eingependelt. Männliche Jugendliche und junge Erwachsene sind mit 54 % etwas häufiger vertreten als weibliche. Jugendliche und junge Erwachsene ausländischer Herkunft sind mit 50 % übervertreten. Wie Abbildung 5 zeigt, wird die Hauptzielgruppe erreicht: Im Berichtsjahr stammen 121 der Zuweisungen aus den Einschätzungskonferenzen der WBS. Eine weitere grosse Gruppe bilden die sogenannten «Selbstanmelder» mit 88 Personen. Es sind Jugendliche und junge Erwachsene, die Gap entweder selbst kontaktieren oder von nahestehenden Personen angemeldet werden. Viele Zuweisungen erfolgen über Beratungs- und Unterstützungsinstitutionen wie zum Beispiel die Lehraufsicht, RAV, Sozialhilfe und Motivationssemester (SEMO).

Abb. 5: Zuweisungen zu Gap 2012

Zuweisende Institutionen



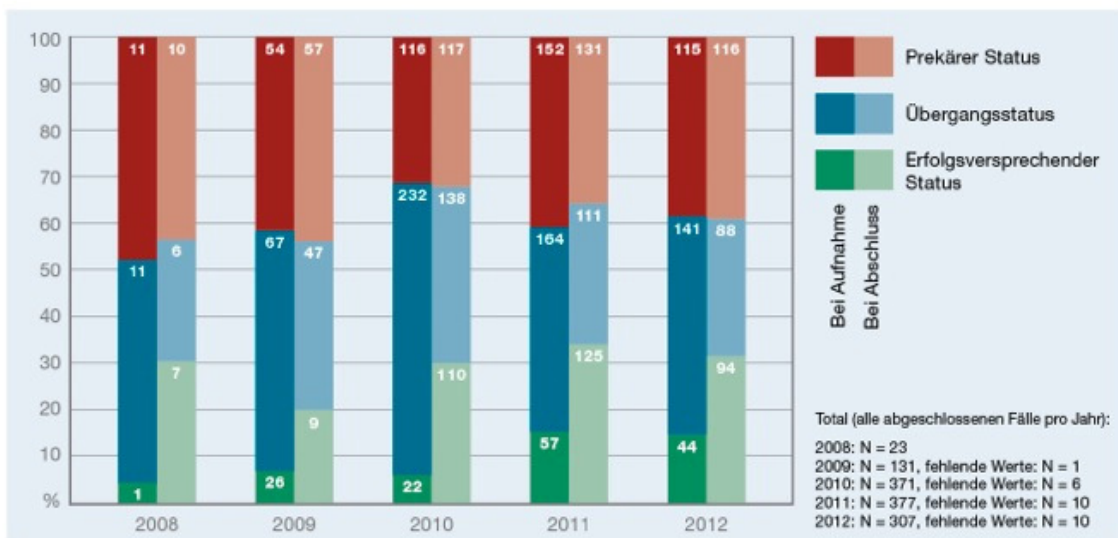
Quelle: ED / Gap Case Management Berufsbildung

Die Wirkung von Gap wird dann als erfolgreich betrachtet, wenn die Jugendlichen und jungen Erwachsenen eine nachobligatorische Ausbildung abschliessen. Hierzu erfasst Gap berufsbildungsrelevante Veränderungen von drei Statuskategorien im Verlaufe des Unterstützungsprozesses:

- **Prekärer Status:** Jugendliche und junge Erwachsene ohne Tagesstruktur, erwerbslos
- **Übergangstatus:** Volksschule, Schule für Brückenangebote, Motivationssemester (SEMO)
- **Erfolgversprechender Status:** Berufslehren EFZ oder EBA, schulisch organisierte Berufsausbildungen (WMS, IMS, Fachklassen), Maturitätsschulen (BM, FMS, Gymnasium), Erwerbstätigkeit über 50 %

Abb. 6: Wirkungen 2008-2012

Fallabschlüsse 2008–2012: Veränderungen der Status von Aufnahme zu Abschluss



Quelle: ED / Gap Case Management Berufsbildung

Für den Zeitraum 2008 bis 2012 lässt sich feststellen (Abbildung 6), dass Gap zwischen Fallaufnahme und Fallabschluss per Saldo positive Veränderungen erzielt. Insbesondere ist durchge-

hend ein Anstieg vom Übergangstatus in den erfolgversprechenden Status feststellbar. Erfahrungsgemäss ist Gap dann erfolgreich, wenn es gelingt, zu den Jugendlichen und jungen Erwachsenen eine verbindliche Arbeitsbeziehung herzustellen. Weitere Ergebnisse von Gap sind im Kennzahlenbericht 2012⁶ vertieft dargestellt.

4.8 Lehrabschlussprüfungen

Inhalte, Normen und Verfahren der Lehrabschlussprüfungen sind in den Bildungsverordnungen des Bundes festgelegt, sie werden im Wesentlichen durch die schweizerischen Berufsverbände und Branchenorganisationen bestimmt. Organisation und Durchführung ist Sache der Kantone. Seit achtzig Jahren führt der Gewerbeverband Basel-Stadt im Auftrag des Kantons die Lehrabschlussprüfungen in den Industrie-, Gewerbe-, Dienstleistungs- und Detailhandelsberufen durch. Neben den Kantonen Luzern und St. Gallen stellt die Delegation dieser kantonalen Aufgabe eine Ausnahme dar, die übrigen Kantone führen die Abschlussprüfungen in Eigenregie durch. Für die Durchführung der Abschlussprüfungen in den kaufmännischen Berufen steht der Kaufmännische Verein Basel mit seiner Prüfungskommission in der Verantwortung. Die Prüfungen bestehen aus einem schulischen und einem praktischen Teil. Bei Letzterem kommen Prüfungsexpertinnen und Prüfungsexperten der Berufsverbände zum Einsatz, die von den beiden offiziellen Prüfungskommissionen gewählt werden. Bezüglich der Erstellung der Prüfungsaufgaben, der Anrechnung von Erfahrungsnoten und Ergebnissen aus vorausgegangenen Teilprüfungen, der Art und Weise der praktischen Prüfung, herrscht beinahe eine so grosse Vielfalt wie es Lehrberufe gibt, die zudem ständigem Wandel unterworfen ist. Im Zug der Berufsreformen wurden seit 2003 laufend auch diese sogenannten Qualifikationsverfahren erneuert, was öfters zu noch höherem Komplexitätsgrad und höherem Aufwand führte. Mit einem laufenden gemeinsamen Projekt versuchen Bund und Kantone dem entgegenzuwirken.

Wie bei allen Qualifikationsverfahren schwanken die durchschnittlichen Erfolgsquoten der Kandidierenden von Jahr zu Jahr, wobei die Abweichungen nicht gross sind. Die Bestehensquote bei den Abschlussprüfungen, die zum eidg. Fähigkeitszeugnis (EFZ) führt, oszilliert im Landesdurchschnitt um den Wert von 90 %; bei den Männern ist sie niedriger, bei den Frauen ist sie höher (Tabelle 9).

Die durchschnittliche Erfolgsquote bei den Abschlussprüfungen EFZ der baselstädtischen Kandidierenden lag im Jahr 2012 leicht unter dem schweizerischen Durchschnittswert (Tabelle 9), auch im Vergleich zum Kanton Basel-Landschaft. Dasselbe trifft bezüglich der Erfolgsquoten bei den Abschlussprüfungen EBA zu (Tabelle 10).

Tab. 9: Schweiz sowie Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft, Abschlussprüfungen EFZ nach Geschlecht 2011 und 2012

	Kandidierende			Erteilte EFZ			Quote		
	Total	Männer	Frauen	Total	Männer	Frauen	Total	Männer	Frauen
Schweiz									
2011	66'473	37'117	29'356	60'279	33'004	27'275	91	89	93
2012	66'987	37'290	29'697	60'616	32'960	27'656	90	88	93
Basel-Stadt									
2011	1'703	887	816	1'520	777	743	89	88	91
2012	1'792	901	891	1'596	785	811	89	87	91
Basel-Land									
2011	1'771	1'050	721	1'625	942	683	92	90	95
2012	1'729	1'019	710	1'562	910	652	90	89	92

Quelle: Bundesamt für Statistik, Statistik der beruflichen Grundbildung 2011 und 2012

⁶ Gap, Case Management Berufsbildung Kennzahlenbericht 2012 <http://www.gap-cmbb.ch>

Tab. 10: Schweiz sowie Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft, Abschlussprüfungen EBA nach Geschlecht 2012

	Kandidierende			Erteilte EBA			Quote		
	Total	Männer	Frauen	Total	Männer	Frauen	Total	Männer	Frauen
Schweiz									
2012	4'603	2'570	2'033	4'309	2'368	1'941	94	92	95
Basel-Stadt									
2012	234	103	131	216	95	121	92	92	92
Basel-Land									
2012	171	94	77	163	88	75	95	94	97

Quelle: BFS, Statistik der beruflichen Grundbildung 2012

4.9 Berufsmaturität

Die eidgenössische Berufsmaturität (BM) schafft zusammen mit dem Berufsabschluss EFZ die Voraussetzungen für ein Studium an einer Fachhochschule. Der BM-Unterricht besteht aus einer erweiterten Allgemeinbildung und wird von den Berufsfachschulen geleistet. Die BM wird je nach beruflicher Grundbildung in sechs verschiedenen Richtungen absolviert. Sie kann entweder zeitgleich mit der beruflichen Grundbildung erworben werden (BM 1) oder nach Lehrabschluss in einem einjährigen Vollzeit- oder einem zweijährigen Teilzeitkurs (BM 2).

Tab. 11: Kanton Basel-Stadt, Lernende der Berufsmatur an Berufsfachschulen nach Geschlecht und Wohnsitzkanton 2012

Schule	BM 1					BM 2 ¹⁾
BM-Richtung	Total	Frauen	Männer	BS	Übrige	Total
Total	805	348	457	167	638	113
AGS	235	37	198	48	187	45
Gestalterisch (dual)	31	15	16	4	27	32 ²⁾
Gewerblich	10	4	6	4	6	-
Technisch	194	18	176	40	154	13
SfG	105	65	40	21	84	-
Gestalterisch (vollz.)	105	65	40	21	84	-
BFS	129	87	42	33	96	18
Gesundheitlich-sozial	50	47	3	7	43	-
Gewerblich	78	39	39	26	52	18
HKV	336	159	177	65	271	50
Kaufmännisch	336	159	177	65	271	50

1) Vollzeit und Teilzeit, alle Wohnsitzkantone

2) Kooperation AGS/SfG

Quelle: Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt

Alle Basler Berufsfachschulen bieten gemäss ihrer fachlichen Ausrichtung den entsprechenden Berufsmaturitätsunterricht an. Im Berichtsjahr hat mit 805 (870) Lernenden (Tabelle 11) die Beteiligung an der BM 1 mit -7,5 % zwar deutlich abgenommen, aber weniger stark als die generelle Beteiligung an der dualen Berufsbildung (vgl. Abschnitt 3.2). Während die Lernendenzahlen in der technischen, kaufmännischen und der dualen gestalterischen Richtung deutlich abnahmen, stiegen sie in der gewerblichen und der gesundheitlich-sozialen Richtung. Trotz Rückgang der Anzahl Lernenden in der dualen Berufsbildung insgesamt absolvierten mit 167 (170) fast gleich viel Lernende mit Wohnsitz Basel-Stadt die BM 1, und die Teilnehmerzahl bei der BM 2 stieg auf

113 (106). Das sind erfreuliche Fakten, die unter anderem der positiven Wirkung der laufenden Kampagne «Berufslehre plus Berufsmatur» zuzuschreiben sind (siehe Abschnitt 6.2).

Doch nur 20,7 % (19,5 %) der Lernenden (BM 1) sind aus Basel-Stadt. Mit der erwähnten Kampagne wird versucht, mehr Lernende für diesen Bildungsweg zu gewinnen. Zudem haben die beiden Basler Kantone die Aufnahmebedingungen zu den Mittelschulen und zur BM harmonisiert. Weitere Verbesserungen werden durch die im Bildungsraum Nordwestschweiz koordinierte Umsetzung der Berufsmaturitätsverordnung 2009 des Bundes sowie des neuen nationalen Rahmenlehrplans für den Berufsmaturitätsunterricht erwartet.

Tabelle 12 zeigt, wie im Vergleich zu Basel-Landschaft wenige Personen mit Wohnsitz Basel-Stadt eine Berufsmaturität absolvieren. Doch immerhin hat sich die Zahl der Kandidierenden mit Wohnsitz Basel-Stadt von 163 im Jahr 2009 (vgl. Lehrstellenbericht 2011) auf 185 im Berichtsjahr kontinuierlich erhöht, entsprechend die Zahl der erteilten Berufsmaturitätszeugnisse von 148 auf 170. Die Überzahl der Männer hängt damit zusammen, dass die Berufsmaturität technischer Richtung überwiegt (Männerberufe). Das Geschlechterverhältnis zeigt sich, entgegen der früheren Annahme, nicht ausgeglichener. Die Bestehensquote liegt generell etwas höher als bei den Abschlussprüfungen der beruflichen Grundbildung (vgl. Tabelle 9).

Entsprechend der geringen Beteiligung weist der Kanton Basel-Stadt mit 8 % (2011) nach Genf die tiefste Berufsmaturitätsquote⁷ aller Kantone auf. In den Kantonen Basel-Landschaft, Aargau und Solothurn liegt die BM-Quote zwischen 11 % und 13 %. Hingegen hat Basel-Stadt mit 29,3 % (2011) die höchste aller gymnasialen Maturitätsquoten⁸. Dieser Sachverhalt ist das Ergebnis verschiedener Faktoren (z.B. sehr hohe Übertrittsquote ab siebtem Schuljahr ins Langzeitgymnasium, sehr hohe Übertrittsquote ab neuntem Schuljahr in ein zehntes Schuljahr, u.a. zur Vorbereitung auf eine Mittelschule), die dazu führen, dass im Kanton Basel-Stadt ein ausserordentlich geringer Teil der Schülerinnen und Schüler aus der Volksschule überhaupt den Weg der Berufslehre wählen (siehe Abschnitt 3.1) und damit noch viel weniger den Weg der Berufslehre mit Berufsmatur.

Tab. 12: Schweiz sowie Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft, Berufsmaturitätsprüfungen nach Geschlecht und Wohnsitzkanton 2011 und 2012

	Kandidierende			Erteilte BMZ			Quote		
	Total	Männer	Frauen	Total	Männer	Frauen	Total	Männer	Frauen
Schweiz									
2011	14'183	7'638	6'545	12'947	6'911	6'036	91	90	92
2012	14'746	7'747	6'998	13'536	7'075	6'461	92	91	92
Basel-Stadt									
2011	173	103	70	154	88	66	89	85	94
2012	185	105	80	170	100	70	92	95	88
Basel-Land									
2011	425	245	180	388	223	165	91	91	92
2012	455	257	198	423	239	184	93	93	93

BMZ: Berufsmaturitätszeugnis

Quelle: Bundesamt für Statistik, Statistik der beruflichen Grundbildung 2011 und 2012

⁷ Bundesamt für Statistik, Definition: 21-jährige Wohnbevölkerung mit Berufsmaturität.

⁸ Bundesamt für Statistik, Definition: 19-jährige Wohnbevölkerung mit gymnasialer Maturität.

5. Berufliche Nachholbildung für Erwachsene

Die berufliche Nachholbildung ermöglicht Erwachsenen mit Berufserfahrung, aber ohne anerkanntem Zertifikat, einen der beiden offiziellen Berufsabschlüsse, ein eidgenössisches Fähigkeitszeugnis (EFZ) oder ein eidgenössisches Berufsattest (EBA), zu erwerben. Durch den Erwerb eines eidgenössisch anerkannten Abschlusses werden die individuellen Arbeitsmarktchancen erhöht und der Zugang zu weiterführenden Bildungsangeboten geöffnet.

5.1 Vier Wege zum Berufsabschluss

- **Reguläre Grundbildung:** Da es keine vorgeschriebene Altersbegrenzung gibt, können auch Erwachsene eine reguläre Grundbildung mit Lehrvertrag absolvieren.
- **Verkürzte Grundbildung:** In einigen wenigen Berufen gibt es für Erwachsene eine standardisierte verkürzte Grundbildung mit Lehrvertrag. Verlangt werden ein Mindestalter von 22 Jahren und mindestens zwei Jahre Berufserfahrung.
- **Nachholbildung nach Art. 32 BBV:** Erwachsene, die mindestens fünf Jahre Berufserfahrung haben, davon zwei bis vier Jahre einschlägige Erfahrungen bezüglich des angestrebten Berufsabschlusses, können zur ordentlichen Lehrabschlussprüfung zugelassen werden. Die schulische Vorbereitung darauf erfolgt individuell.
- **Validierung nach Art. 31 BBV:** Erwachsene, die mindestens fünf Jahre Berufserfahrung haben, davon zwei bis vier Jahre einschlägige Erfahrungen bezüglich des angestrebten Berufsabschlusses, können neu diesen Weg beschreiten: Über die offizielle Validierung eines persönlichen Dossiers, in welchem die informell erbrachten einschlägigen Bildungsleistungen dokumentiert werden, können sie das EFZ oder das EBA erlangen. Eventuell müssen die dokumentierten Bildungsleistungen noch mit Zusatzbildung ergänzt werden.

5.2 Beratungsstelle

Die vier Kantone des Bildungsraums Nordwestschweiz (AG, BL, BS, SO) haben die Förderung der Nachholbildung koordiniert. In einem Projekt unter dem Titel «Validierung plus» wurden die Förderstrategie, die Grundlagen für die Beratung und das Monitoring sowie die Richtlinien für die Finanzierung gemeinsam erarbeitet und durch den Regierungsausschuss der vier Kantone beschlossen. Das Projekt wurde 2012 abgeschlossen. Die Massnahmen werden in allen vier Kantonen weitergeführt⁹.

Als Beratungsstellen (Art. 4 Abs. 2 und 3 BBV) wurde in jedem Kanton ein sogenanntes «Eingangsportale» bei der jeweiligen kantonalen Berufsberatungsstelle eingerichtet. In Basel-Stadt sind zwei Berufsberaterinnen mit dieser Aufgabe betraut. Sie informieren und beraten die Interessierten umfassend über die verschiedenen Möglichkeiten, wie sie unter Berücksichtigung ihrer individuellen Voraussetzungen und Lebensumstände am effizientesten den gewünschten Berufsabschluss nachholen können.

Um eine kompetente Beratung sicherzustellen, pflegen die Spezialistinnen Beratungspartnerschaften mit der Lehraufsicht, den Berufsfachschulen, der Berufsberatung und den Organisationen der Arbeitswelt (OdA). Sie stellen das Monitoring über die Nachholbildung sicher und produzieren so Grundlagen für die Evaluation der Wirkung der Fördermassnahmen.

5.3 Teilnehmende

Wie aus Tabelle 13 ersichtlich, finden vor allem die strukturierten Angebote (Art. 32) in den Berufsgruppen Gesundheit, Kaufmännisch, Detailhandel, Logistik und Betreuung regen Zuspruch. Demgegenüber ist das Validierungsverfahren nach Art. 31 aufwendig und stellt namentlich an fremdsprachige Personen sehr hohe Anforderungen.

⁹ Vierkantonale Webseite www.eingangsportale.ch

Tabelle 13: Kanton Basel-Stadt, Zulassungen zu Berufsabschlüssen für Erwachsene nach Art. 31 und Art. 32

Berufsgruppen	2012	Art. 31	2011	Art. 31
	Art. 32		Art. 32	
Total	175	5	193	12
Gesundheit	52	1	65	6
Kaufmännisch	45	0	63	0
Detailhandel	14	0	18	1
Logistik	20	0	9	0
Betreuung	11	3	7	5
Diverse	33	1	31	0

Quelle: ED / BBE, Monitoring Nachholbildung 2012

Im Berichtsjahr erhielten 180 (205) Personen eine Zulassung zu einem Berufsabschluss nach Art. 31 oder Art. 32 (Tabelle 13), ein Rückgang um 12,2 % gegenüber dem Vorjahr. In der Gruppe der Gesundheitsberufe hat dies möglicherweise damit zu tun, dass es oft langjährige Angestellte von Institutionen sind, die den Berufsabschluss nachholen können, und dieses Potenzial sich mit der Zeit verringert. Im kaufmännischen Bereich wirkte sich die Einführung eines Aufnahmetests für die Vorbereitungskurse der Anbieterschule aus.

6. Fördermassnahmen

6.1 Lehrstellenförderung

Gemäss § 40c Abs. 2 des kantonalen Gesetzes über die Berufsbildung vom 12. September 2007 (Änderung vom 11. November 2009) wird die Durchführung einer Kampagne zur Verbesserung des Lehrstellenangebots an den Verlauf der Lehrvertragsabschlüsse im Durchschnitt einer Vierjahresperiode gebunden. Stagnieren sie oder nehmen sie ab, ist eine Förderkampagne angezeigt unter der Voraussetzung, dass auch die demografische Entwicklung zu einer Verschlechterung des Lehrstellenmarkts beiträgt oder der Anteil der Lehrvertragsabschlüsse durch Jugendliche mit Wohnsitz in Basel-Stadt sinkt oder die Entwicklung in einzelnen Branchen öffentlich finanzierte Fördermassnahmen als angezeigt erscheinen lässt.

Das Lehrstellenangebot im Kanton Basel-Stadt bewegt sich seit ein paar Jahren auf einem Höchststand (Abschnitt 4.1), das Gleiche gilt auch für den Kanton Basel-Landschaft. Gleichzeitig macht sich der demografische Rückgang in der relevanten Altersgruppe der 15- bis 19-Jährigen verstärkt bemerkbar. In der Vierjahresperiode 2009–2012 hat sich dieser beschleunigt, und erstmals ist auch ein Rückgang der Anzahl neu abgeschlossener Lehrverträge zu beobachten, wobei der demografische Rückgang deutlich rascher vor sich geht (Tabelle 14). Wie oben geschildert (Abschnitt 3.2), hat sich dieser zulasten der Berufsbildung und der FMS ausgewirkt. Indessen reduzierte sich in der dualen Berufsbildung lediglich die Teilnahme der Schweizerinnen und Schweizer, während mehr Lernende mit ausländischem Pass eine Ausbildung absolvieren (Abschnitt 4.5). Die Chancen der Basler Schulabgängerinnen und Schulabgänger auf dem Lehrstellenmarkt haben sich nicht zuletzt wegen dem relativ grossen Angebot an Attestlehrstellen verbessert und stehen insgesamt gut. Es sind Lehrbetriebe, die bestimmte anspruchsvolle Ausbildungen anbieten, welche Mühe bekunden, ihre Lehrstellen zu besetzen.

Anbetracht dieser Sachverhalte ist die Durchführung einer Lehrstellenkampagne im engeren Sinn nicht angezeigt (vgl. Tabelle 14). Hingegen sind seit Januar 2012 im Rahmen des Projekts zur Förderung der Berufsbildung Massnahmen zur Förderung der Berufslehre in Kombination mit der Berufsmaturität im Gang (siehe folgender Abschnitt 6.2).

Tab. 14: Kanton Basel-Stadt, Wohnbevölkerung im Alter von 15–19 Jahren und neu abgeschlossene Lehrverträge, Veränderung pro Vierjahresperiode

	2004-07	2005-08	2006-09	2007-10	2008-11	2009-12
Wohnbevölkerung 15–19 Jahre						
Anzahl (Summe 4 Jahre)	34'358	34'223	34'067	33'792	33'415	32'910
Durchschnittliche Anzahl pro Jahr	8'590	8'556	8'517	8'448	8'354	8'228
Veränderung (in %)	0	0	0	-0.81	-1.11	-1.51
Neu abgeschlossene Lehrverträge						
Anzahl (Summe 4 Jahre)	7'411	7'607	7'763	7'795	7'844	7'770
Durchschnittliche Anzahl pro Jahr	1'853	1'902	1'941	1'949	1'961	1'943
Veränderung (in %)	4.72	2.64	2.05	0.41	0.62	-0.94
Lehrstellenkampagne						
Indiziert						
Nicht indiziert	x	x	x	x	x	x

Quellen: Statistisches Jahrbuch Basel-Stadt; ED / BBE, Zahlen zur Berufsbildung

6.2 Förderung der Berufsbildung

Nach Phasen kräftigen Wirtschaftswachstums sowie jahrelanger intensiver Lehrstellenförderung durch den Kanton in Zusammenarbeit mit dem Gewerbeverband und anderen Partnern herrscht zurzeit in Basel-Stadt immer noch ein Höchststand an Lehrstellen. Der Fokus wurde auf die Förderung des neuen Ausbildungstyps mit eidg. Berufsattest gelegt. Von 2005 bis 2008 nahmen bei mehr oder weniger konstanten Schulabgängerzahlen die Eintritte von baselstädtischen Jugendlichen in die Berufslehren zu, vor allem dank dem wachsenden Angebot an Attestlehrstellen. Eine stärkere Zunahme war aber auch bei den Eintritten von Jugendlichen mit Wohnsitz in Basel-Landschaft, Aargau, Solothurn und dem benachbarten Ausland zu beobachten.

Die Prognosen gehen von einer wachsenden Wirtschaft aus bei gleichzeitig demografisch bedingtem Rückgang der Eintritte von Lernenden in die berufliche Grundbildung. Teile der ausbildenden Wirtschaft haben bisher schon und werden künftig vermutlich noch mehr Schwierigkeiten haben, ihre Ausbildungsplätze zu besetzen, besonders solche mit hohen Anforderungen. Wenn dieser Zustand andauert, ist zu erwarten, dass solche Lehrstellen nicht mehr mit Abgängerinnen und Abgängern aus der obligatorischen Schule besetzt werden oder aus dem Angebot verschwinden.

Besonders in Basel-Stadt ziehen viele Eltern den Bildungsweg über eine Berufslehre für ihre Kinder gar nicht in Betracht, oft weil immer noch die Meinung vorherrscht, diese führe in eine Sackgasse, was mit der Berufsmaturität als Königsweg zur Fachhochschule sowie der Passerelle zur Universität schon seit Jahren nicht mehr der Fall ist. Das vom Kanton zur Verfügung gestellte 10. Schuljahr «Basis plus», das Schulabgängerinnen und Schulabgänger aus dem E-Zug der WBS nutzen, wenn sie den Notendurchschnitt für den Eintritt in eine Mittelschule noch nicht erreicht haben, ist der angestrebten Haltungsänderung nicht förderlich. Zu viele Schulabgängerinnen und Schulabgänger treten in Mittelschulen ein, erleiden Schiffbruch oder ergreifen später gar kein Studium.

In dieser Situation hat sich das Erziehungsdepartement dazu entschieden, nicht mehr eine klassische Kampagne zur Schaffung von mehr Lehrstellen zu führen, sondern von 2010 bis 2013 ein

mehrteiliges Massnahmenpaket zur Förderung der dualen Berufsbildung mit Fokus Berufsmatur durchzuführen:

Teilprojekt 1: Die Elterninformation zum Thema Berufswahl der Kinder und Gleichwertigkeit der Bildungswege soll früher beginnen, nämlich im siebten Schuljahr der Volksschule. Im Herbst 2010 hat die Fachstelle Berufsberatung in Zusammenarbeit mit den Schulleitungen und Klassenlehrpersonen erstmals in allen dritten Klassen an den Orientierungsschulen (OS) Elternabende mit Beteiligung der Schülerinnen und Schüler durchgeführt. Sie sind obligatorisch und finden jedes Jahr statt.

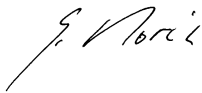
Teilprojekt 2: Die Lehrpersonen der Sekundarstufe I sollen in Weiterbildungsveranstaltungen ihre Kenntnisse der Berufsbildung auffrischen können und bezüglich der Gleichwertigkeit der nachobligatorischen Bildungswege, des schulischen und des berufspraktischen mit Berufsmaturität, sensibilisiert werden. Kernbotschaft: Beide Wege führen zu einem Hochschulstudium. Diese Anlässe wurden von der Fachstelle Berufsberatung erstmals im Spätsommer 2010 durchgeführt und wurden seither nicht wiederholt.

Teilprojekt 3: Eine breit angelegte Imagekampagne «Berufslehre plus Berufsmatur» soll die Wirkung der beiden anderen Teilprojekte unterstützen und verstärken. Sie besteht aus einer Publizitätskampagne, einem attraktiven Begleitprogramm für verschiedene Zielgruppen und der Förderung von Lehrstellen mit Berufsmatur in ausgewählten Branchen. Die Kampagne wurde im Januar 2012 gestartet und dauert bis im Herbst 2013.

7. Antrag

Wir beantragen dem Grossen Rat, den vorliegenden Bericht zu genehmigen.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Guy Morin
Präsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin